

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
6. Sitzung
(öffentlich)

Berlin, den 09.05.2011, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 6

Tagesordnungspunkt 1 S. 7

Krisen und Herausforderungen des bisherigen Wachstumsmodells
- ökonomische, ökologische, soziale, demographische Herausforderungen

Einführung durch die Mitglieder der Kommission Prof. Dr. Kai Carstensen, Prof. Dr. Meinhard Miegel, Abg. Dr. Hermann E. Ott sowie PD Dr. Norbert Reuter und anschließende Beratung

Tagesordnungspunkt 2 S. 23

Berichte aus den Projektgruppen
ggf. Entscheidungen über die Vergabe von Gutachten/Kurzexpertisen

Tagesordnungspunkt 3 S. 25

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 24. Oktober 2011

Tagesordnungspunkt 4 S. 26

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 9. Mai 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid	Heil (Peine), Hubertus
Friedrich, Peter	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine	Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 11. April 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Andreae, Kerstin		Gambke Dr., Thomas	
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie	

Montag, 9. Mai 2011, 13:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete- Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

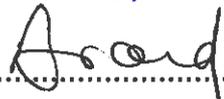
Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg



Brand Prof. Dr., Ulrich



Buchner Prof. em. Dr., Herbert

.....

Carstensen Prof. Dr., Kai



Enderlein Prof. Dr., Henrik



Habisch Prof. Dr., André



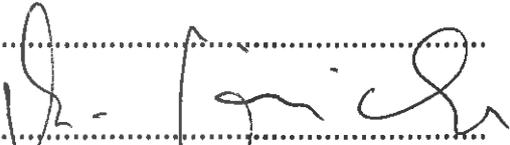
Hexel, Dietmar



Hölz Prof., Hanns Michael

.....

Jänicke Prof. Dr., Martin



Miegel Prof. Dr., Meinhard



Müller, Michael

.....

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz



Reuter Dr., Norbert



Schmidt Prof. Dr., Christoph



Schneidewind Prof. Dr., Uwe



Wagner Prof. Dr., Gert



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 9. Mai 2011, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

S. Vielke

Dario Auld

Alexander Amosberg

SPD

Alexander Mishin

CDU/CSU

Gisela Seitz

B90/Grüne

Lucia Dielmeier

Frau Dr. Wilkes

Klaus Thi

Die Linke

Renat Drob

B90

Montag, 9. Mai 2011, 13:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMBF	Ruxter-Petzsch	Ref.	Ruxter-Petzsch
AA	Nicole Dicke	Ref.	Nicole Dicke
BMESEJ	Simone Lippert	Repräsentin	Schippert
DIE OIG	Hilke (M)	Ref. Blöte	ck
Stahhilde Jendauf	Hilke (M)	Dez. 10	Hilke
BW	Hilke (M)	Ref.	Hilke
BMU	Kempny	Prakt.	Kempny
BK	Friedrich	Ref.	Friedrich
BMWi	Schmitt	Repräsentin	Schmitt
BtM	Hoyer	"	Hoyer

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Dr. Hildebrandt	Hildebrandt	Ref. 10	SS
G. Werner	G. Werner		NW

Beginn der Sitzung: 13.08 Uhr

Vor Beginn der Sitzung werden zunächst zur Erstellung des Flyers für die Öffentlichkeitsarbeit Fotoaufnahmen erstellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Sodann eröffnet die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), die Sitzung und weist darauf hin, dass die Beratungen der Kommission für das Parlamentsfernsehen aufgezeichnet werden und öffentlich sind.

Sie gratuliert Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU), SV Prof. Dr. Ulrich Brand, SV Prof. Dr. Meinhard Miegel, Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU), Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU), Abg. Peter Friedrich (SPD) sowie SV Prof. em. Dr. Herbert Buchner, die seit der vorhergehenden Sitzung Geburtstag hatten.

Tagesordnungspunkt 1

Krisen und Herausforderungen des bisherigen Wachstumsmodells
- ökonomische, ökologische, soziale, demographische Herausforderungen

Einführung durch die Mitglieder der Kommission Prof. Dr. Kai Carstensen, Prof. Dr. Meinhard Miegel, Abg. Dr. Hermann E. Ott sowie PD Dr. Norbert Reuter und anschließende Beratung

Die Vorsitzende führt einleitend aus, dass man sich nach der Erörterung der ideengeschichtlichen Wurzeln in der vorangegangenen Sitzung diesmal den aktuellen Gründen und auch Herausforderungen des Enquete-Themas zuwenden wolle. Wenngleich es nicht Ziel der Enquete-Kommission sein könne, diese „Krisen“ umfassend aufzuarbeiten, so müsse man doch versuchen, die notwendigen Lehren zu ziehen. Diese ökonomischen, ökologischen, sozialen und demographischen Herausforderungen wolle man nun mit einer Einführung durch Diskussionsbeiträge einzelner Mitglieder näher beleuchten.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um konzentriertes Zeitmanagement, damit alle vier zu haltenden Vorträge und Diskussionen ausreichend und angemessen gewürdigt werden können.

Einleitend referiert SV Prof. Dr. Kai Carstensen zum Thema: „Krise der Weltwirtschaft – Gründe und wirtschaftspolitische Konsequenzen“.¹ Er betont, dass er sich hierbei auf die weltwirtschaftliche Lage konzentrieren wolle. Hierzu stellt er zunächst einige Daten zur Krise vor. Zunächst zeigt er die Entwicklung der realen Immobilienpreise in den USA auf, deren unverhältnismäßiger Anstieg seit 2001/2002 und deren Einbruch das – noch immer anhaltende – Bankensterben in den USA ausgelöst hätten. Auch wenn die hohen Zahlen der Bankenpleiten in den USA auch dem dortigen Bankensystem mit zahlreichen kleinen Banken zuzurechnen seien, könne man hieran doch die Tragweite der Bankenkrise in den USA ablesen. Anhand der Abschreibungsverluste der Finanzsysteme sei zu ermessen, wie sich die Finanzkrise von den USA aus international ausgebreitet habe. Hieraus resultierten verschiedene Wirkungen auf Haushalte und Unternehmen: Durch Kursverluste und somit geschmälertes Vermögen habe sich das Wirtschaftsverhalten geändert. Zudem seien Risiken neu bewertet worden; es

¹ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)35.

sei ein Misstrauen zwischen den Banken entstanden, die Kreditbedingungen seien verschärft worden, was auch zum Zusammenbruch der Exportfinanzierung geführt habe, und letztlich sei ein Rückgang von Produktion, Investitionen und Beschäftigung festzustellen gewesen. Erst langsam steige die Industrieproduktion in fortgeschrittenen Volkswirtschaften wieder in Richtung des Vorkrisenniveaus. Bei der Arbeitslosigkeit lasse sich in Deutschland insbesondere ob der guten Grundbedingungen eine Abweichung vom internationalen Trend des massiven Anstiegs in der Krise verzeichnen.

SV Prof. Carstensen betont, dass es für die Krise keine monokausale Erklärung gebe. Sowohl das Ignorieren von Risiken auf Investorensseite als auch die Attraktivität von Verschuldung durch Haftungsbeschränkungen (sowohl bei Finanzinstituten als auch bei privaten Haushalten in den USA) stellten Ursachen dar. Zudem sei – auch wenn die Gründe umstritten seien – das Geld zu billig gewesen und das Finanzsystem aufgrund eines Systemwettbewerbs der Aufsichtsbehörden, des Bewertungsprinzips „Mark-to-market“ und des geringen Eigenkapitalpuffers krisenanfällig gewesen.

Sodann führt er das Problem der beschränkten Haftung anhand eines praktischen Beispiels näher aus.² Die politische Konsequenz sei, dass man das Haftungsprinzip stärken müsse, beispielsweise durch Heraufsetzung der Eigenkapitalunterlegung sowie eine Durchgriffshaftung bei Immobilienkäufen. Jedoch gelte es die Balance zu wahren, damit die Haftungsbeschränkung als Investitionsanreiz bestehen bleibe. Zudem bedürfe es international gültiger Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte und -aufsicht sowie einer angemessenen Geldpolitik. Die These, die Rezession habe das Ende der Marktwirtschaft eingeläutet, teile er jedoch nicht. Historisch betrachtet seien sowohl die große Depression als auch die aktuelle Rezession zwar erhebliche Krisen gewesen, stellten aber gleichwohl keinen radikalen Bruch dar. Dies verdeutlicht er anhand der Entwicklung des BIP in den Vereinigten Staaten und Deutschland über einen langen Zeitraum. Hier sei auch zu erkennen, dass in Deutschland im Gegensatz zu den USA das BIP nicht exponentiell, sondern linear gewachsen sei.

² Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)35.

Im Anschluss referiert SV PD Dr. Norbert Reuter zu den ökonomischen Problemen des deutschen Entwicklungsmodells³. Er halte – obwohl er viele Analysen des SV Prof. Carstensen teile – den Fokus auf externe Ursachen für zu kurz gegriffen. Der Abschwung habe in Deutschland bereits Anfang 2008 eingesetzt, also bevor die Auswirkungen der US-amerikanischen Krise die deutsche Wirtschaft erreicht hätten. Die Ursachen für diesen Abschwung seien vielfältig: Zunehmende Nachfrageschwäche am Binnenmarkt, wachsende Verteilungsprobleme, immer stärkere Exportlastigkeit (Europroblematik), Deregulierung und Förderung der Finanzmärkte, „Finanzialisierung“ der ökonomischen Strukturen und letztlich dann der weltwirtschaftliche Einbruch. In den Jahren 2000 bis 2010 seien die Arbeitnehmerentgelte real gesunken, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (außer in der Krise) deutlich angestiegen seien. Weiterhin sei seit Umsetzung der Agenda 2010 das Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zu den privaten Konsumausgaben unverhältnismäßig gestiegen. Man könne feststellen, dass die Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt seien und diese Ungleichheit ansteige. Diese Entwicklung spiegle sich auch darin wider, dass die Reallöhne pro Kopf in Europa nur in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2009 gesunken seien. Dies führe zu zunehmenden Differenzen in der Lohnstückkostenentwicklung im europäischen Vergleich. Gemeinsam mit der Einführung des Euro als Buchgeld sei dies Ursache für die enorm angestiegenen deutschen Exportüberschüsse. Hieraus resultierten notwendigerweise wachsende internationale Ungleichgewichte. Daran lasse sich ablesen, dass das deutsche Wirtschaftsmodell für andere Länder und insbesondere für die Weltwirtschaft nicht taugte.

SV Dr. Reuter unterstreicht zudem die Rolle der „Finanzialisierung“, also des Schaffens finanzieller „Werte“ unabhängig von realwirtschaftlichen Produktionsprozessen. Das entstandene Renditeversprechen auf den Kapitalmärkten habe unter anderem auch dazu geführt, dass Unternehmen, statt zu investieren, Rücklagen bildeten bzw. Geld anlegten. Hiermit zusammen hänge auch die Tatsache, dass in Deutschland – im europäischen Vergleich – überproportional viele Erwerbstätige in der Industrie und eher weniger in der Dienstleistungsbranche tätig seien. Dies zeige die Exportfokussierung der deutschen Wirtschaft. Der wiedereingesetzte Aufschwung, so betont SV Dr. Reuter, sei indes nicht nur positiv zu bewerten. Die Ursachen hierfür lägen in den staatliche Konjunkturpaketen, der guten Geldpolitik und der relativ

³ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)34.

stabilen Binnennachfrage aufgrund der Kurzarbeit und Nutzung von Arbeitszeitkonten. Aus diesen Ursachen könne man im Übrigen ablesen, dass Konjunkturprogramme wirkten und Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit sei. Indes bestünden noch immer große Risiken durch das Auslaufen der Konjunkturpakete, die Schuldenbremse, die Eurokrise und die damit verbundene Sparpolitik in Defizitländern. Diese Skepsis erhärte sich auch an der Prognose für die weitere Einkommensentwicklung von Arbeitnehmerentgelten in Deutschland und den Veränderungen der Erwerbstätigenzahlen von Vollzeitstellen hin zu verschiedenen Formen prekärer Beschäftigungen.

Aus den Darlegungen ergebe sich, dass man einerseits die Binnennachfrage stärken müsse (beispielsweise durch deutliche Einkommenszuwächse, einen Mindestlohn, erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und einer Wende in der Arbeitsmarktpolitik sowie ein Aussetzen des Sparpaketes) und andererseits die Wirtschaft strukturell umbauen müsse (beispielsweise durch die Stärkung der öffentlichen Ausgaben, vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales, den Ausbau der Dienstleistungswirtschaft und einen ökologischen Umbau („Green Transition“)). Ferner, schlussfolgert SV Dr. Reuter, müsse man zur Finanzierung des Umbaus eine ökologisch-soziale Steuerreform durchsetzen, die beispielsweise eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes, eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften, eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Finanztransaktionsteuer sowie die steuerliche Förderung ökologischen Verhaltens umfassen solle. Des Weiteren bedürfe es einer Reform der Europäischen Union hin zu einer europäischen Wirtschaftsregierung und einer Re-Regulierung der Finanzmärkte. SV Dr. Reuter betont zudem, dass inklusive der Unterbeschäftigung geschätzte sieben Millionen Arbeitsplätze in Deutschland fehlten und daher eine Arbeitszeitverkürzung eine sinnvolle und notwendige Maßnahme sei. Letztlich gelte es auch, die Wirtschaft zu demokratisieren, sowohl auf der Makro- als auch auf der Meso- und Mikroebene.

Die Vorsitzende stellt zwei Nachfragen zur Erörterung: Welche Indikatoren und Frühwarnsysteme die Referenten für geeignet hielten, in Zukunft solchen Krisen vorzubeugen? Und – auch angesichts des mitursächlichen „Renditehungers“ – welche konkreten Maßnahmen die Referenten zur Verhinderung solcher Krisen vorschlagen würden?

In Replik auf den Vortrag des SV Dr. Reuter erwidert SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, dass unter den Gründen für die dargestellte Reallohnentwicklung die Folgen der deutschen Wiedervereinigung gefehlt haben. Durch diese habe ein Überangebot unterbeschäftigter Erwerbspersonen auf die Reallohnentwicklung gedrückt. Dies sei eine normale und vernünftige Reaktion zur Reintegration. Er verweist vergleichend auf die Situation in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, als man die Vertriebenen in den Arbeitsmarkt integrieren musste. Zudem macht SV Prof. Paqué darauf aufmerksam, dass die Vermögensungleichheit zwar zugenommen habe, durch die hohen Gesamtvermögenszuwächse jedoch nicht nur Reiche, sondern auch Ärmere profitiert hätten. Letztlich merkt er an, dass er die Kritik an der deutschen Industriekonzentration nicht nachvollziehen könne, da gerade die vom SV Prof. Carstensen dargelegten Werte zeigten, dass Länder mit starker Industrie besser aus der Krise herausgekommen seien als solche mit mehr dienstleistungsorientierter Wirtschaft. Insofern sei dies eher eine Stärke als eine Schwäche der deutschen Wirtschaft.

Zur Frage der Vorsitzenden nach Frühwarnindikatoren führt SV Prof. Dr. Christoph Schmidt aus, dass im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verschiedene Indikatoren mit Fokus auf die trendmäßige Abweichung von Kreditwachstum, von realen Vermögenspreisen, von Aktienkursen und von Immobilienpreisindizes im Vergleich zum Wirtschaftswachstum entwickelt wurden. Die wichtigste Erkenntnis sei aber, dass man eine präzise Differenzierung und ein Gleichgewicht finden müsse zwischen (gewiss zu minimierenden) falsch-positiven und falsch-negativen Warnsignalen. Analytische Sicherheit könne ein solcher Indikator jedoch nie leisten. Ferner kritisiert er am Vortrag des SV Dr. Reuter die Betonung innerstaatlicher Krisenursachen. Dies vermittele das Bild, als sei die Krise „hausgemacht“. Die parallele globale Entwicklung zeige jedoch, dass dies nicht haltbar sei. Den deutschen Erfolg in der Krise als Schwäche umzuinterpretieren, akzeptiere er nicht. Er merkt zu der Gegenüberstellung der Arbeitnehmerentgelte und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen an, dass diese Grafik implizit unterstelle, dass Arbeitnehmer keine Vermögenseinkommen hätten. Eine gewisse Entwicklung hin zu mehr Ungleichheit sei dennoch nicht zu leugnen.

SV Prof. Schmidt kritisiert ferner, man könne der Präsentation von SV Dr. Reuter entnehmen, dass bereits jetzt der Wachstumsbeitrag der Binnennachfrage, die sich aus privatem Konsum und Investitionen zusammensetze,

über 50 % liege. Die Prognose weise sogar für 2012 keinen weiteren Beitrag des Außenhandels zum Wachstum aus. Dies widerspreche in gewissem Maße der postulierten fortdauernden Außenhandelskonzentration. Zudem sei die Binnennachfrage aufgrund größerer privater Investitionen im Zunehmen begriffen. Zur Arbeitsmarktentwicklung legt er dar, dass einerseits, wie von SV Prof. Paqué erwähnt, die deutsche Wiedervereinigung hätte erwähnt werden müssen und andererseits die Stabilität des deutschen Arbeitsmarktes in der Krise, in der eigentlich der Wegfall von einer Millionen Arbeitsplätze zu erwarten gewesen sei, auf diese Lohnzurückhaltung zurückzuführen sei. Nicht nur die Konjunkturpolitik, sondern insbesondere auch die Stabilität der deutschen Unternehmen und des Arbeitsmarktes seien Gründe für das verhältnismäßig gute Überstehen der Krise. Schlussendlich betont er, der Rückschluss, dass Konjunkturpolitik helfe, stimme zwar, gelte jedoch nur in Krisenzeiten.

In Bezug auf die Statistiken zur Vermögensverteilung weist SV Prof. Dr. Meinhard Miegel darauf hin, dass viele der dort erfassten Vermögenswerte lediglich Scheinvermögen darstellen würden, beispielsweise aus gestiegenen Immobilienpreisen oder Aktienkursen. Das behauptete Vermögen sei somit häufig bloße Illusion. Zudem müsse gesamtwirtschaftlich die Staatsverschuldung vom Gesamtvermögen abgezogen werden, weil der Staat als Schuldner nur zurückzahlen könne, wenn er zuvor von seinen Gläubigern, den Bürgern, Geld bekomme.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) pflichtet der Kritik von SV Prof. Paqué bei, dass die Überhöhung des Dienstleistungssektors gegenüber der Industrie im Vortrag von SV Dr. Reuter zu bemängeln sei. Ferner richtet er Nachfragen an die Sachverständigen: Wohin seien die Kapitalabflüsse aus Deutschland geflossen und in welchem Maße seien sie von der Krise betroffen worden? Und inwieweit bestehe zwischen der niedrigeren Reallohn- und der positiven Arbeitsmarktentwicklung ein Kausalverhältnis?

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein konstatiert, dass er drei wichtige Rückschlüsse für die Kommission sehe. Erstens müsse erörtert werden, wo Wirtschaftspolitik ansetzen könne, um künftige Fehlentwicklungen zu verhindern. Sowohl regulatorisch als auch international fehlten geeignete Handlungsmöglichkeiten. Hier müsse die Kommission Vorschläge entwickeln. Zweitens sei unklar, wie man Vermögen und Ungleichheiten beurteile. Auch unter Berücksichtigung der vom SV Prof. Miegel angebrachten Kritik an der

Statistik zur Vermögensverteilung könne man nicht abstreiten, dass sich das Vermögen zunehmend ungleicher verteile. Die Beurteilung dieser Größen sei aber für die Kommissionsarbeit von großem Belang. Drittens gelte es zu fragen, welche Trends sich beobachten ließen. So beruhe beispielsweise die Darstellung von SV Prof. Carstensen, Deutschland habe in den letzten 60 Jahren kein exponentielles, sondern ein lineares Wachstum gehabt, auf der Darstellungsweise und dem abgebildeten Zeitraum. Eine Darstellung pro Kopf oder eine Herausrechnung der Schuldenentwicklung beispielsweise führten zu anderen Ergebnissen. Die Kommission müsse also beantworten, wo Wirtschaftspolitik ansetzen könne, wie man Vermögen und Ungleichheiten messen wolle und wie man Wachstum messen und eine exponentielle Entwicklung verhindern wolle.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt hervor, dass selbst bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 1,5 % die Folgekosten der Krise, die sich laut IWF auf 115 Milliarden Euro beliefen, nur schwer zu stemmen seien. Um diese zu bewältigen, müsse man neben Steuern insbesondere auf Anreizmodelle zurückgreifen. Sowohl für den ökologischen Umbau als auch für die Lösung sozialer Probleme sei es unerlässlich, privates Kapital durch Anreize zu mobilisieren.

SV Michael Müller kritisiert, dass man in der Diskussion zum Verhältnis von Dienstleistungssektor und Industrie in der vorangegangenen Sitzung der Projektgruppe 1 bereits deutlich weiter gewesen sei. Bei den Dienstleistungen gelte es zu unterscheiden zwischen produktionsorientierten und sozialen Dienstleistungen. Für verfehlt halte er es – und insofern stimme er SV Dr. Reuter zu –, aus der berechtigten Kritik am angelsächsischen Wirtschaftsmodell eine argumentative Immunisierung des deutschen Wirtschaftsmodells herzuleiten. Die angesprochenen Kritikpunkte, insbesondere mit Blick auf den Exportüberschuss, halte er für berechtigte Überlegungen. Vermisst habe er im Vortrag des SV Prof. Carstensen den Zusammenhang, dass das angelsächsische Modell zur Deflationsverhinderung gerade hohe Wachstumsraten generieren sollte. Diese Auseinandersetzung halte er für den eigentlichen Kern der Fragestellung.

SV Dietmar Hexel hält fest, dass zwischen Deutschland und dem Rest der Welt aufgrund des hohen Exportüberschusses ein Verteilungsproblem bestehe. Aus der von SV Dr. Reuter angeführten Statistik, die nicht die Vermögensentwicklung, sondern die Entwicklung der Vermögenseinkom-

men betroffen habe, lasse sich ablesen, dass die Frage, wie man Wirtschaftswachstum erwirtschaftete und wie man es verteile, berechtigt sei. Dies verdeutliche ein großes künftiges Problem in Deutschland.

Abg. Judith Skudelny (FDP) fragt SV Prof. Carstensen, ob nicht als Lehre aus der Wirtschaftskrise die Bildung von Eigenkapital bei Unternehmen und insofern auch die aufgezeigten Statistiken positiv zu bewerten seien.

Hierzu erklärt SV Prof. Dr. Kai Carstensen, dass die Analyse des SV Dr. Reuter, wonach der Unternehmenssektor sich üblicherweise zugunsten des Haushalts verschulde, korrekt sei, jedoch in offenen Volkswirtschaften durch Kapitalexporte variieren könne. In Erwiderung auf die Anmerkung des SV Müller führt er aus, dass es im angelsächsischen Modell, das sich vor allem durch größere Fokussierung auf Kapitalmärkte statt Banken auszeichne, möglicherweise mit der Deregulierung übertrieben worden sei. Deshalb habe es sich aber noch nicht per se als untauglich erwiesen. Der Anmerkung des SV Prof. Enderlein entgegnet er, dass auch das Pro-Kopf-Wachstum in Deutschland linear verlaufe. Welche Variante wünschenswert sei, sei damit noch nicht beantwortet. Die Frage des Abg. Dr. Zimmer (CDU/CSU) nach einem Kausalzusammenhang von Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit beantwortet er dahingehend, dass diese Größen zusammenhängen und durch geringere Löhne eine höhere Belastbarkeit der Unternehmen entstehe. Insofern habe die Lohnzurückhaltung in der Krise geholfen, man könne sie gleichwohl nicht als Allheilmittel ansehen.

Ferner pflichtet SV Prof. Carstensen SV Prof. Schmidt bei, dass es keine sicheren Krisenindikatoren geben könne und man sich dies bewusst machen müsse. Als sichere Warnung habe man bisher die Urteile von Rating-Agenturen angesehen und sei eines Besseren belehrt worden. Als konkrete politische Maßnahmen empfiehlt er eine Anhebung der Eigenkapitalunterlegung für alle Produkte und Finanzinstitutionen, nicht nur für Banken, wie der Basler Ausschuss es bereits diskutiere. Er erachte es nicht für sinnvoll, dass die Enquete-Kommission dem Basler Ausschuss ins Werk rede. Auch ein neues Regelwerk für Rating-Agenturen sei eine sinnvolle politische Konsequenz. Zur Steigerung der Binnennachfrage halte er es zudem für zweckmäßig, Anreize zur Investition zu bieten, damit die Kapitalabflüsse ins Ausland begrenzt würden. Die Investitionsentwicklung stelle sich nämlich nicht besser, sondern schlechter dar als die privaten Konsumausgaben.

SV Dr. Norbert Reuter stellt klar, er habe nicht die Aussage treffen wollen, dass die Krise „hausgemacht“ sei, sondern dass die nationalen Gründe für die Vorkrisenstagnationen nicht übersehen werden dürften. Er erwidert auf die Anmerkung des SV Prof. Paqué, dass die deutsche Wiedervereinigung als Grund deshalb nicht herhalten könne, weil sie erstens lange zurück liege und zweitens sich ebenso auf die Vermögens- und Unternehmenseinkommen beziehen müsse. Er stimmt SV Prof. Miegel zu, dass die Vermögen überbewertet seien, sehe jedoch kein Indiz, warum sich bei Bereinigung der Werte die aufgezeigte Verteilungsungerechtigkeit abschwächen sollte. Anhand der steigenden Verschuldung der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung könne man auch ablesen, dass der Einwand des SV Prof. Paqué, von den Vermögenszuwächsen hätten alle profitiert, nicht zutreffend sei. Die von der Abg. Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aufgezeigten finanziellen Restriktionen würden angesichts einer in Verhältnis zur Vermögenssteigerung eher geringen Staatsverschuldung unmittelbar nur für die staatliche Seite gelten. Gesamtwirtschaftlich seien hingegen genügend finanzielle Ressourcen verfügbar. Als Indikatoren für eine gute Entwicklung schlage er vor, auf internationale Ungleichgewichte, die deutsche Exportbilanz, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland (auch im Hinblick auf die Arbeitsqualität) und auf Blasenbildung durch „Finanzialisierung“ zu schauen.

Die Vorsitzende konstatiert, dass die Diskussion keinen Konsens hervorgebracht habe, aber wichtige für die kommende Kommissionsarbeit zu berücksichtigende Probleme identifiziert wurden. Insbesondere die Bewertung von Verteilungsfragen und die Messung von Vermögen müsse thematisiert werden. Sodann unterbricht sie die Sitzung für eine zehnminütige Pause.

Sitzungsunterbrechung

Wiederaufnahme der Sitzung: 15.05 Uhr

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont zu Beginn seines Referats zur ökologischen Krise⁴, dass er bewusst keine Maßnahmen zur Lösung der Krise erörtern werde. In seinen Vortrag einleitend zeigt er eine Satellitenaufnahme der Erdkugel. Seit solche Aufnahmen im Jahre 1959

⁴ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)38

erstmalig möglich geworden seien, sei auch die Verletzlichkeit des Planeten in der Weite des Universums sichtbar und damit bewusst geworden. Hierdurch sei die Begrenztheit des menschlichen Lebensraumes deutlich geworden. Vorausgesetzt, dass interstellare Reisen auf Sicht nicht möglich seien, sei diese Erde mit der Atmosphäre das begrenzte, dem Menschen verfügbare System. In das System trete von außen lediglich Sonnenlicht ein (Weltraumpartikel außer Acht gelassen). Dies jedoch in einem solch hohen Maße, dass die Nutzung der Sonnenenergie nahe liege. Aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von stofflichen und energetischen Ressourcen ergebe sich der Umweltraum, also der Raum, den die Menschen nutzen könnten, ohne nachhaltig seine Charakteristik zu verändern. Mathis Wackernagel habe durch die Relation von Naturnutzung und verfügbarem Umweltraum den „ökologischen Fußabdruck“ entwickelt.⁵ Der ökologische Fußabdruck zeige, dass schon im Jahr 2005 die Menschheit bezüglich ihrer Umweltbelastung 1,3 Erden benötigt hätte. In welchem Maße die Erde überbeansprucht werde, könne man auch am sogenannten World Overshoot Day erkennen, der derzeit auf den 21. August 2011 datiert werde. Dieser korreliere stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Das System des Umweltraums sei in den letzten Jahren ergänzt worden, beispielsweise durch das Millennium Ecosystem Assessment, das festgestellt habe, dass von 24 Teilsystemen 60 % (teilweise irreparabel) degradiert seien. Einen ähnlichen Ansatz hätten auch die Wissenschaftler um Johan Rockström gewählt, allerdings mit nur neun Teilsystemen, denen moralische Grenzen zugemessen worden seien. Ihre Studie zeige insbesondere, dass beim Klimawandel, beim Verlust der Artenvielfalt und beim Stickstoffeintrag in die Umwelt die Grenzen der Erde bereits deutlich überschritten worden seien. Durch die Verknüpfung der einzelnen Systeme bestehe die Gefahr, dass Einzelsysteme andere in Mitleidenschaft ziehen könnten.

Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt hervor, dass die Wissenschaftler im Bereich Klimawandel einen Zielwert als moralisch notwendig festgelegt haben, der bei 350 parts per million (ppm) und also unter dem üblichen Wert von 450 ppm liege.⁶ Es lasse sich festhalten, dass die durch den Menschen verursachte Aussterberate von Arten zwischen 100 und 1000 mal höher sei als sie es „normalerweise“ wäre. Durch den Klimawandel stehe zu befürchten, dass sie rasant ansteigen werde. Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS

⁵ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)38

⁶ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)38

90/DIE GRÜNEN) zeigt ferner den Zusammenhang von CO₂-Emissionen und Temperaturentwicklung auf. In der gesamten Erdgeschichte sei kein so rasanter Temperaturanstieg zu verzeichnen gewesen, wie man ihn derzeit beobachte. Die von der Wissenschaft willkürlich festgesetzte Grenze von 2° C zusätzlicher Erwärmung ergebe deshalb Sinn, weil sie auch politische und gesellschaftliche Gegebenheiten berücksichtige. Um diese Grenze einzuhalten dürfte die Menschheit bis 2050 nur noch 700 Gt CO₂ emittieren. Bei der derzeitigen Rate sei dieses Kontingent in weniger als zwanzig Jahren aufgebraucht. Wenn sogar alle Menschen so leben würden wie die Menschen in den OECD-Staaten, bräuchte man vier Erden. Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschließt seinen Vortrag mit dem Plädoyer, dass die Ermöglichung eines freiheitlichen und selbstbestimmten, würdevollen Lebens auch für zukünftige Generationen Ziel von Politik sein solle. Daran müsse die Kommission arbeiten.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke verweist in seinem Referat auf die Green-Growth-Strategie der OECD, die diese in der folgenden Woche zu beschließen beabsichtigt. In dieser übernehme die OECD das ambitionierte Ziel von 350 ppm sowie die übrigen von Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorgestellten Grenzwerte. Neben dieser radikalen Strategie verweise die OECD auch auf die Wachstumschancen des Green Growth. Hierzu habe sie auch 24 Indikatoren zusammengestellt, die er der Projektgruppe 2 anempfehle. Zudem verweist SV Prof. Jänicke auf das „Green Transition and Innovation“-Programm von 26 asiatischen Akademien der Wissenschaften. Insbesondere die Ähnlichkeit mit der EU-Strategie „Europa 2020“ steche hervor. Vor allem die ambitionierte Aufholstrategie der asiatischen Länder gemahne, das eigene grüne Wachstum zügig anzugehen.⁷

SV Prof. Dr. Ulrich Brand fasst die Kernaussage des Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zusammen: Es gebe ein Bild, den Planeten, es gebe die wissenschaftliche Erkenntnis des Umweltraumes, es gebe die Aussage einer Krise der Tragfähigkeit dieses Umweltraumes und letztlich gebe es den Akteur, die Menschheit. Insoweit sei der Vortrag des Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf der Symptomebene zu verorten, wie er auch selbst angekündigt habe. SV Prof. Brand schlägt vor, um nicht aus bloßer „Astronautenperspektive“ auf den Planeten zu blicken, den Begriff der sozial-ökologischen Krise hervorzuheben. Dieser biete auch einen Blick auf

⁷ Vgl. Arbeitspapier von SV Prof. Dr. Jänicke PG-Drucksache 1/15 (siehe Anhang)

die Ursachen und Zusammenhänge der Krisen. Wie in der vorherigen Enquete-Sitzung erörtert, sei die Krise gesellschaftlich gemacht durch menschliche Naturaneignung. Der genauere Blick auf Akteure und Interessen, aber auch Verteilungsfragen – international wie national – sei daher geboten. Zudem müsse man die Zusammenhänge der ökologischen und der Wirtschafts- und Finanzkrise sehen, insbesondere bei der „Finanzialisierung“ der Natur (beispielsweise an den Rohstoffbörsen). Hier verweist er auch auf die sogenannte „Abwrackprämie“, die zwar ein wirtschaftlicher Krisenmechanismus, jedoch in Bezug auf die Zukunft der Automobilität unzureichend und mangelhaft gewesen sei. In diesem Zusammenhang gelte es die verschiedenen Lösungsvorschläge zu diskutieren. Dies sei nicht nur Green Growth, sondern auch „De-Growth“, also kein Wachstum oder jedenfalls hochgradig selektives Wachstum.

SV Michael Müller unterstreicht, die Kernfrage bestehe darin, warum der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln immer größer werde. Beispielsweise habe man schon zu Beginn der 70er Jahre Kenntnis über die Ozonauddünnung gehabt. Gehandelt habe man erst ab Mitte der 80er Jahre als binnen kurzer Zeit 40 % des gesamten chemischen Systems der Ozonschicht zusammengebrochen seien. Dies zeige zudem, dass es abrupte Veränderungen im Umweltsystem geben könne. Ferner müsse man sich bewusst sein, dass der Klimawandel einen Vorlauf von mehreren Jahrzehnten habe und insofern die heutigen Fehler in der Zukunft nicht mehr revidiert werden könnten. Hier wolle er beispielsweise darauf hinweisen, dass der künftige Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) voraussichtlich alarmierende Darstellungen der Bergwelten beinhalten werde; diese Entwicklung werde jedoch beispielsweise im Zusammenhang mit der Münchener Olympiabewerbung nicht thematisiert. Gerade die Alpen seien aber eine Hochgefährdungsregion hinsichtlich des Klimawandels. Er betont, dass selbst bei Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels insbesondere Ozeanien, die Anden-Region, die Flussdelta Asiens, das südliche Afrika und Grönland massiv beeinträchtigt werden. Andererseits wisse man auch vom Klimaforscher Ramanathan, dass zum Beispiel der Schadstoffgehalt in der Luft über China so groß sei, dass er einen dämpfenden Effekt auf die Klimaerwärmung habe. Ohne diesen Verschmutzungsschleier wäre die Erde bereits um 2,4° C erwärmt gegenüber vorindustriellem Niveau. Das Wissen um Rückkopplungsproblematiken sei also noch nicht hinreichend. Der Wissenschaftler Paul Crutzen halte beispielsweise das Ziel bereits für verfehlt und suche nach technischen Lösungswegen. Dies alles verweise nachdrücklich

auf die Dringlichkeit einer Debatte über den Widerspruch von Wissen und Handeln.

Abg. Judith Skudelny (FDP) erfragt den Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und CO₂-Emissionen, da – angesichts des damit einhergehenden steigenden Nahrungsbedarfs und einer entsprechenden Anhebung des Wohlstandes – ein ökologisches Problem nahe liege.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt SV Prof. Jänicke für die Ergänzung und betont, dass er bewusst den von SV Prof. Brand kritisierten „Astronautenblick“ gewählt habe. Er erachte es für wichtig für die Kommission, eine fundierte Symptomanalyse der Krisen vorzunehmen, um zu wissen, wie ein „Weiter so“ verhindert werden könne. Zur Entdeckung des Ozonlochs berichtet er, dass anfangs dem Wissenschaftler, der es entdeckte, nicht geglaubt worden sei, weil die NASA seine Werte nicht geteilt habe. Dies habe aber daran gelegen, dass der Computer der NASA die Werte als irregulär ausgesondert habe. Auf die Frage der Abg. Skudelny (FDP) antwortet Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass Bevölkerungswachstum und CO₂-Emissionen in einem unmittelbaren Zusammenhang stünden. Allerdings sei Armut kein Hindernis für die Umweltzerstörung, sondern es gebe einen speziellen Bereich der Naturzerstörung durch Armut, wenngleich die Menschen in den industrialisierten Staaten den weitaus größeren ökologischen Fußabdruck hätten.

Abschließend referiert SV Prof. Dr. Meinhard Miegel zum Thema „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen demografischer Veränderungen“⁸. Mit dem Wort „Krise“ versuche sich der eigentliche Akteur, der Mensch, zu entlasten für lang vorhersehbare Entwicklungen. Dies zeige sich auch daran, dass in der Kommission erst das Wirtschaftliche, dann das Soziale und das Ökologische und erst zuletzt das Demografische mit Blick auf den Menschen selbst diskutiert würden. Die derzeitige demografische Entwicklung, die ein historisches Novum sei, werde die europäische und insbesondere deutsche Politik sehr viel einschneidender als gemeinhin angenommen beeinträchtigen. Die Gesellschaft werde sich qualitativ durch die Alterung und ihren schwindenden Anteil an der Weltbevölkerung verändern. Aufgrund mangelnder historischer Vergleichbarkeiten seien viele Veränderungen kaum prognostizierbar. Eine sinkende Leistungswilligkeit der stark alternden

⁸ Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)33.

Bevölkerung sowie Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen seien jedoch zu vermuten. Auch der steigende Umfang medizinischer und pflegerischer Leistungen, die dem Produktivitätsfortschritt weniger zugänglich seien als landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeiten, sei zu bedenken. Es lasse sich also festhalten, dass bedeutende qualitative Änderungen der Gesellschaft zu erwarten seien und all diese Überlegungen über die Rückwirkungen demografischer Veränderungen auf das Wirtschafts- und Sozialgefüge in der Kommissionsberatung stets berücksichtigt werden sollten.

SV Dr. Norbert Reuter fragt nach, ob SV Prof. Miegel hinsichtlich seiner These, ohne Zuwanderung wären Wachstums- und materielle Wohlstandsverluste unvermeidlich, sofern nicht innovationsgetriebene Produktivitätsfortschritte in bisher nicht erreichtem Maße erfolgten, aktuelle Zahlen bzw. Prognosen kenne. Er erklärt, dass bei seinen nicht mehr ganz aktuellen Vorausberechnungen unter Zugrundelegung der derzeitigen Produktivitätsfortschritte pro Kopf bei Erwerbstätigen sich kein sinkendes BIP pro Kopf ergeben habe. Er bitte darum, den entstehenden Widerspruch bzw. die eigenen – möglicherweise aktuelleren – Berechnungen zu erklären.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass die Zukunft selbstverständlich nicht mit Gewissheit vorhersehbar sei und er insofern den Rat von Nassim Nicholas Taleb, sich auf das Nicht-Erwartbare einzustellen, auch der Kommission anempfehle. Für positiv erachte er, dass SV Prof. Miegel den prozentualen Rückgang der europäischen Bevölkerung an der Weltbevölkerung nicht dramatisiert habe, da dieser auch der Verteilung der Landmassen entspreche. Vermisst habe er im Vortrag aber die Chancen der demografischen Entwicklung, insbesondere mit Blick auf den geringeren Ressourcenverbrauch.

SV Dietmar Hexel unterstreicht, dass eine alternde und dadurch möglicherweise leistungsunwilligere Gesellschaft materiell zwar nicht wachsen möge, jedoch durchaus durch andere Werte Wohlstandsmehrungen erfahren könne.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen kritisiert, dass die Argumentation im Vortrag von SV Prof. Miegel zu sehr vom Status quo ausgehe. Die aufgezeigte Entwicklung der letzten 100 Jahre verdeutliche, dass durchaus historische Erfahrungen mit alternden Gesellschaften bestünden. Auch die Leistungsfähigkeit älterer Menschen sei in dieser Zeit (linear) angestiegen. Durch endogene Reaktionen

der Gesellschaft auf diese Herausforderung werde der Alarmismus voraussichtlich entkräftet.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel antwortet auf die Frage des SV Dr. Reuter, dass es ersichtlich sei, dass bei einer alternden Gesellschaft größere Produktivitätsfortschritte benötigt würden, um Wachstum zu erzeugen. Alarmistisch sei er zumindest nicht in Bezug auf die vom Abg. Dr. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) angesprochene Angleichung der Bevölkerungsanteile zur Landmengenverteilung. Er sehe eine Fülle von Chancen in einer alternden Gesellschaft, sofern man diese annehme, was bisher jedoch nicht geschehe. Vielmehr unterstelle man irrigerweise, dass es schon irgendwie so weitergehen werde. Die Chancen einer alternden Gesellschaft aufzuzählen, hätte indes den Rahmen seines Vortrags gesprengt. Beispielhafte Vorteile seien Umwelt- und Ressourcenschonung, höhere Friedfertigkeit und geringere Kriminalitätsraten. Er betont noch einmal, dass die Aussage, eine alternde Gesellschaft sei weniger leistungswillig, unter der Bedingung auskömmlicher materieller Versorgung stehe. Ferner bestätigt SV Prof. Miegel die Aussage des SV Prof. Carstensen, dass auch im vergangenen Jahrhundert die Bevölkerung gealtert sei, jedoch habe die Gesellschaft darauf nicht reagiert. Sonst hätte man beispielsweise eine an die steigende Lebenserwartung angelehnte Erhöhung des Renteneintrittsalters beobachten müssen. Die Altersstrukturen hätten also konsequenterweise stetig angepasst werden müssen.

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus den Projektgruppen
ggf. Entscheidungen über die Vergabe von Gutachten/Kurzexpertisen

Der Vorsitzende der Projektgruppe 3, Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), lobt die Arbeitsatmosphäre in der Projektgruppe und referiert, dass man von den SV eine Gliederung vorliegen habe, die nach weiterer Ausarbeitung die Gliederung für den endgültigen Bericht der Projektgruppe sein werde. Zudem habe man Inputpapiere vorliegen zu der ökonomischen, ökologischen und der Governance-Seite von Ressourcenverbrauch. Nach der Sommerpause werde man ferner eine zweitägige Klausurtagung abhalten. Weiterhin sei man zuversichtlich, noch vor der Sommerpause eine Gutachtenausschreibung in die Kommission einbringen zu können.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) berichtet aus der Projektgruppe 1, dass man – ebenfalls in guter Arbeitsatmosphäre – drei Leistungsbeschreibungen für Gutachten konsensual beschlossen habe: „Wachstum und materieller Wohlstand“, „Wachstum und Produktivität“ sowie „Kulturelle, soziale und gesellschaftliche Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums“. Zur sektoralen Bedeutung von Wirtschaftswachstum habe es eine angeregte Diskussion gegeben, die sich teilweise in der Kommissionssitzung wiedergefunden habe. Zudem sei das Thema Green Growth mit SV Prof. Jänicke und SV Müller diskutiert worden.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU), Vorsitzende der Projektgruppe 2, betont ebenfalls die angenehme Arbeitsatmosphäre. Sodann legt sie dar, dass man sich bezüglich der Angebote zum Gutachten „Studie zur Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren“⁹ einvernehmlich bei einer Enthaltung für eine Vergabe an das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) ausgesprochen habe.¹⁰ Für die Kurzexpertise „Anforderungen an einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator oder einen Indikatorensatz im Hinblick auf seine mediale Kommunizierbarkeit“ habe man sich aus den Angeboten¹¹ für eine

⁹ Vgl. Kommissions-Arbeitsunterlage AU-17(26)8. Die genannten Unterlagen werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.

¹⁰ Vgl. Beschlussempfehlung, Kommissionsdrucksache 17(26)36.

¹¹ Vgl. Kommissions-Arbeitsunterlage AU-17(26)9. Die genannten Unterlagen werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.

Vergabe an das Berlin Institute ausgesprochen.¹² Man bleibe insgesamt unter dem für die Projektgruppen angesetzten Betrag.

Die Kommission folgt den Beschlussempfehlungen der Projektgruppe 2 und beschließt einstimmig die Vergabe der genannten Gutachten.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet weiterhin, man habe beschlossen, zwei Anhörungen in der Projektgruppe abzuhalten, und zwar mit Herrn Walter Radermacher (Eurostat) am 23.05.2011 und Herrn Paul Schreyer (OECD) am 06.06.2011. Des Weiteren seien in der vorangegangenen Sitzung der Nationale Wohlfahrtsindex von Herrn Prof. Dr. Diefenbacher und Herrn Zieschank sowie der Human Development Index von Herrn aus dem Moore vom RWI vorgestellt worden.

¹² Vgl. Beschlussempfehlung, Kommissionsdrucksache 17(26)37.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 24. Oktober 2011

Die Vorsitzende regt an, die Tagesordnung um die Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 24. Oktober 2011 zu erweitern.

Widerspruch der Kommission erhebt sich nicht. Die Kommission stimmt einvernehmlich der Erweiterung der Tagesordnung um die Beschlussfassung über die öffentliche Anhörung zu.

Die Kommission beschließt sodann einstimmig, Prof. Dennis Meadows am 24. Oktober 2011 anzuhören. Die Kommission lässt dahinstehen, ob die bisher für den 17. Oktober 2011 geplante Sitzung gleichwohl stattfindet.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die Vorsitzende berichtet aus der Obleutebesprechung. Der Vermerk über die Obleuterunde werde alsbald verteilt. In der Besprechung habe man sich darauf verständigt, die Gutachtenvergabe zukünftig in einem vereinfachten Verfahren durchzuführen. Die Leistungsbeschreibungen müssten nunmehr nicht mehr durch Mehrheitsbeschluss von der Kommission genehmigt werden, sondern erst die letztendliche Vergabeentscheidung bedürfe eines Beschlusses der Kommission. Ferner sei man übereingekommen, dass man, für den Fall, dass ein Sachverständiger der Kommission gleichzeitig Repräsentant eines bietenden Institutes sei, darum bitte, dass solche Interessenkonflikte offengelegt würden, entsprechend den Verhaltensregeln für Mitglieder des Bundestages. Zudem werde für eine solche Konstellation empfohlen, sich auf freiwilliger Basis der Stimme zu enthalten.

Schluss der Sitzung: 16:28 Uhr

Bü/Gis/hv



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende

Martin Jänicke:

**„Green Growth“:
Vom Wachstum der Öko-Industrie
zum nachhaltigen Wirtschaften**

(Vorlage für die Bundestags-Enquetekommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 9. Mai 2011; first draft)

1. Einleitung

Der Begriff des „Green Growth“ hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Lange Zeit betraf er das Wachstum der „Öko-Industrie“. Diese wiederum galt zunächst nur als der Sektor, der Güter und Dienstleistungen im Bereich des klassischen Umweltschutzes mit nachgeschalteten „End-of-pipe“-Technologien anbietet. Spätestens seit 2006 gilt in der EU ein erweiterter Begriff der Öko-Industrie (Ernst & Young 2006). Nunmehr werden auch Güter und Dienstleistungen erfasst, die der effizienten Ressourcennutzung und dem Einsatz alternativer Rohstoffe und Energien dienen. Dieser Sektor hatte 2008 in der EU nach Berechnungen der Kommission einen Umsatz von 319 Milliarden €. Sein jährliches Wachstum betrug zwischen 2004 und 2008 8,3 % (EU Commission 2009). Dies sind aber nur Untergrenzen. Denn Umfang und Dynamik des Umweltsektors sind in derartigen Untersuchungen lange unterschätzt worden.

In neueren Veröffentlichungen hat der Begriff „Green Growth“ eine erneute Erweiterung erfahren. Nunmehr wird das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft unter diesen Begriff gestellt. Green Growth betrifft nun die Qualität nicht nur des Zuwachses sondern des Produzierens insgesamt. Wachstum ergibt sich hierbei aus Investitionen in die Umrüstung des gesamten Produktionsapparates auf Umwelt und Ressourcen schonende Verfahren und Produkte. Prototyp ist die klimafreundliche „low-carbon economy“. In diesem erweiterten Sinne ist von einer nachhaltigen „Green Economy“ die Rede. Es geht um einen umfassenden wirtschaftlichen Innovationsprozess. Neu ist also, dass von diesem ein höheres (freilich immer noch moderates) gesamtwirtschaftliches Wachstum erwartet wird.

Im Folgenden sollen fünf wichtige Studien zu diesem Thema behandelt werden. Es handelt sich um die „*Green Growth Strategy*“ der OECD (2009, 2011), den „*Green Economy Report*“ von UNEP (2011), die EU-Strategie „*Europa 2020*“ (EU Commission 2010) in Verbindung mit der Wachstums-Studie fünf europäischer Forschungsinstitute (Jaeger et al. 2011) und schließlich das „grüne“ Entwicklungskonzept „*Towards a Sustainable Asia*“ von 26 asiatischen Akademien der Wissenschaften (AASA 2011). Untersucht werden soll das jeweilige Wachstumskonzept, die Rolle von „Umweltinnovationen“ ebenso wie die Bedeutung und der Wandel des Umweltsektors. Als Schlussfolgerung sollen Triebfaktoren benannt werden, die dazu beigetragen haben, dass die Umweltfrage dabei ist, von der „Wachstumsbremse“ zu einem „Wachstumsmotor“ zu avancieren. Die Bedeutung dieser Diskussion liegt auch darin, dass Deutschland im internationalen Vergleich beim Thema „Green Growth“ häufig als einer der Musterfälle figuriert.

2. Green Growth als Wachstum des Umweltsektors

Dass Umfang und Dynamik des Umweltsektors lange unterschätzt wurden, liegt ebenso an der unzulänglichen Datenlage wie an Abgrenzungsproblemen. Als „Umweltindustrie“ wurden lange Zeit nur die Wirtschaftstätigkeiten erfasst, die technische Lösungen für den (nachgeschalteten) Umweltschutz im engeren Sinne anbieten, von den Filteranlagen der Luftreinhaltung bis zum Naturschutz. Hier ist die Datenlage zufrieden stellend. Später traten die ebenfalls gut abzugrenzenden und erfassbaren erneuerbaren Energien hinzu. Im nächsten Schritt wurden nun aber auch energieeffiziente Technologien und schließlich auch materialsparende Verfahren und Produkte bis hin zu weißen Biotechnik einbezogen. Vor allem hier ergeben sich Abgrenzungs- und Datenprobleme. Der deutsche Umweltsektor wird von Roland Berger auf 8 Prozent des BIP (2007) geschätzt. Für 2020 wird sogar ein BIP-Anteil von 14 % prognostiziert (BMU 2009, 3), was im Hinblick auf die zu schaffenden Voraussetzungen an Humankapital durchaus gewagt ist. Der heutige Weltmarkt der „low-carbon and environmental goods and services“ wird in neueren Studien auf bis zu 5 Billionen Dollar taxiert (Innovas 2010).

Abbildung 1:

Der globale Markt für Klima- und umweltfreundliche Güter + Dienstleistungen (Innovas 2010) Freie Universität  Berlin

Figure four – Global low-carbon and environmental goods and services by sub-sector 2008/09, £bn¹⁶



Source: Innovas Low Carbon and Environmental Goods & Services Industry Analysis 2009

Gesamtvolumen 2008/9: 5,1 Bn.S (Innovas 2010)

¹⁶ Innovas (2010) Low Carbon and Environmental Goods & Services: an industry analysis. Update for 2008/2009.

¹⁷ The UK Low Carbon Industrial Strategy July 2009 is available at <http://www.bis.gov.uk/files/file52102.pdf>

ffu Jährliche: Vortrag Berlin 16. Juni 2010, Paris 31. März 2010

Für Deutschland ergeben Struktur und Dynamik dieses Sektors nach Roland Berger folgendes Bild: Die Wachstumsraten sind durchgängig zweistellig, besonders hoch im Bereich klimafreundlicher Technologien. Zugleich weist sich dieser Sektor durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aus (s. Tabelle).

Struktur und Wachstum der deutschen „GreenTech“ Industrie Freie Universität  Berlin

	Weltmarktanteil der GreenTech	Jährl. Umsatzwachstum 2005-2007	Erwartetes Jährl. Umsatzwachstum 2008-10
Umweltfreundliche Energieversorgung	30 %	29 %	35 %
Energieeffizienz	12 %	20 %	22 %
Materialeffizienz	6 %	21 %	24 %
Recycling	24 %	18 %	16 %
Nachhaltige Wasserversorgung	10 %	15 %	14 %
Nachhaltige Mobilität	18 %	15 %	17 %

ffu Jährliche: Vortrag Berlin 16. Juni 2010, Paris 31. März 2010

Source: BMU 2009 (Roland Berger) 24

Neben dem Umfang des Umweltsektors wurde also auch dessen Wachstum unterschätzt. Ein anderes Bild der Wachstumsdynamik der Umweltindustrie im Vergleich zu früheren EU-Studien (s. o.) ergibt sich, wenn der „unproduktive“ und nur langsam wachsende Bereich der nachgeschalteten End-of-pipe-Technik von den eigentlich öko-effizienten Produkten und Verfahren abgegrenzt wird. Ernst & Young unterscheiden hier den eigentlichen Umweltschutz (pollution control) vom Bereich der Ressourceneffizienz (resource management). Es ist sinnvoll diese „zwei Gesichter“ der Umweltindustrie zu unterscheiden (Jänicke/Zieschank 2011): Während der nachgeschaltete Umweltschutz – klassisch bei den Reinigungstechnologien – Zusatzkosten verursacht, können Ressourcen schonende Technologien Kosten senken, mithin auch die Produktivität erhöhen. Das ist ein essentieller Unterschied, der bei der Bewertung anspruchsvoller Umweltschutzmaßnahmen leicht übersehen wird. Zu den Unterschieden der beiden Varianten der Umweltindustrie gehört aber auch dies: In entwickelten Volkswirtschaften wie der deutschen sinkt die Bedeutung nachgeschalteter Umweltschutztechniken, während die Bedeutung der Ressourcen schonenden Technologien – erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Recycling etc. – dynamisch wächst. Das gilt auch für die weltweite Nachfrage. Die Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien wuchsen von 2006 bis 2009 im globalen Jahresdurchschnitt um rund 34%. Die Kapazität von PV-Anlagen stieg in dieser Zeit weltweit um 60%, die von Windkraftanlagen um 27% (REN21 2010). Hohe Wachstumsraten werden von Roland Berger auch anderen Technologien bis 2020 vorhergesagt: von Anlagen zur Abfalltrennung (15%), über energieeffiziente Fahrzeuge (29%) bis zu Biokunststoffen 35% (BMU 2009).

Die obige Tabelle zeigt für Deutschland, dass der Umweltsektor nicht nur dynamisch wächst. Er weist zugleich hohe Wettbewerbsfähigkeit auf. Ähnliches gilt für sein Innovationstempo. Eine wachsende Zahl von Industrie- und Schwellenländern tritt inzwischen auf diesem Weltmarkt auf. Dadurch hat sich ein intensiver Innovationswettbewerb entwickelt. Am Beispiel der klimafreundlichen Techniken lässt sich dessen Dynamik in folgenden Phasen beschreiben: Zu Beginn der 1990er Jahre wurde vereinzelt (u. a. vom IPCC) auf Win-win-Effekte der Klimapolitik verwiesen. In der Folge entwickelte sich in Vorreiterländern ein „grüner“ Wachstumssektor. Seit 2004 gibt es in Deutschland, Dänemark und einigen anderen Ländern Exportstrategien für erneuerbare Energien. Die 2009 in Bonn gegründete International Renewable Energy Agency (IRENA) ist ein Nebenprodukt dieser Entwicklung. In den letzten fünf Jahren proklamierten immer mehr Länder das Ziel, auf dem Weltmarkt klimafreundlicher Technologien eine Führungsrolle einzunehmen. Spätestens seit 2009 sind

vereinzelt auch Bestrebungen erkennbar, den Export umwelt- und klimafreundlicher Technologien sogar mit Subventionen zu fördern. Südkorea beispielsweise fördert inzwischen mit Milliarden an Subventionen den Export „grüner Technik“ (JoongAng Daily Oct. 14, 2010). Dieses Land hat 2009 auch eine „Green Growth“-Kommission beim Präsidenten eingerichtet, eine Behörde die eine „low carbon, green growth“-Vision der Regierung implementieren soll.

3. „Green Growth“ als Thema internationaler Institutionen

3.1. Die „Green-Growth“-Strategie der OECD

Wie diese Aktivität Süd-Koreas sind „grüne“ Wachstumsstrategien von der „Green Growth Declaration“ beeinflusst, die die OECD auf ihrer Ministerratessitzung im Juni 2009 beschloss (OECD 2009). Sie betraf zunächst die globale Finanzkrise und die Investitionsprogramme zu ihrer Überwindung. „Green Growth“ meinte hier die ökologische Komponente eines erstmals globalen Investitionsprogramms. Tatsächlich betrafen im Durchschnitt der wichtigsten Länder etwa 16 % der Programme zur Überwindung der Finanzkrise erstmals den Umweltsektor. OECD und UNEP sprachen hier auch in Anlehnung an das Rooseveltsche Wirtschaftsprogramm und entsprechende Verweise von Präsident Obama von einem „Green New Deal“ (UNEP 2009). „Green Innovation“ war eine andere Begleitformel, die zugleich als Markenzeichen der OECD in dieser Debatte fungierte.

Inzwischen gibt es eine offizielle „Green-Growth“-Strategie der OECD, zu der 2010 ein Interimsbericht vorgelegt wurde (OECD 2010). Beim 50jährigen Jubiläum der OECD im Mai 2011 wird offiziell eine „Green Growth Strategy“ dieser Organisation verabschiedet werden. Dort heißt es (im Entwurf):

“Green growth is about fostering economic growth and development while ensuring that natural assets continue to provide the ecosystem service on which our well-being relies...A green growth strategy...recognizes natural capital as a factor of production and its role in growth”. “Innovation plays a key role in greening growth” (OECD 2011, 5).

Im Gegensatz zu früheren Texten der OECD wird „green growth“ nunmehr als integraler gesamtwirtschaftlicher Mechanismus angesehen. Ausdrücklich wird betont, dass es um mehr als um sektorales Wachstum der “green industries” gehe (OECD 2011, 10). Neu ist insbesondere eine Art Doppelstrategie: Positiv geht es (a) um die Nutzung “grüner” Wachstumshebel (Ressourcenproduktivität, “green markets” “new innovation opportunities”,

aber auch “environmentally-friendly fiscal consolidation”). Negativ geht es prononciert um (b) die Vermeidung wachstumsschädlicher Umweltbelastungen (“avoid crossing critical local and global environmental thresholds”, “prevent shocks to growth” *ibid.*, 5f.). Der neue Begriff des ökologischen Schwellenwertes (threshold) ist eine wesentliche Neuerung. Er bezieht sich auf 10 „Planetarische Grenzen“, von der kritischen Klimaveränderung über Schwellenwerte des Artenverlustes bis zu Veränderungen der Landnutzung (*ibid.*, 22, siehe auch Rockström, J. et al. 2009). Als kritische Grenzwerte werden konkrete Zahlen genannt, für den Klimaschutz z. B. 350 ppm., im Gegensatz zu den 450 ppm. der internationalen Klimapolitik. Die OECD-Strategie enthält auch einen Satz von 24 Indikatoren, mit den übergeordneten fünf Hauptindikatoren:

- Sozio-ökonomischer Kontext und Wachstumskennzeichen
- Umwelt- und Ressourcenproduktivität
- Naturvermögen
- Umwelt- und Lebensqualität
- Wirtschaftliche Chancen und politische Maßnahmen (*ibid.* 90).

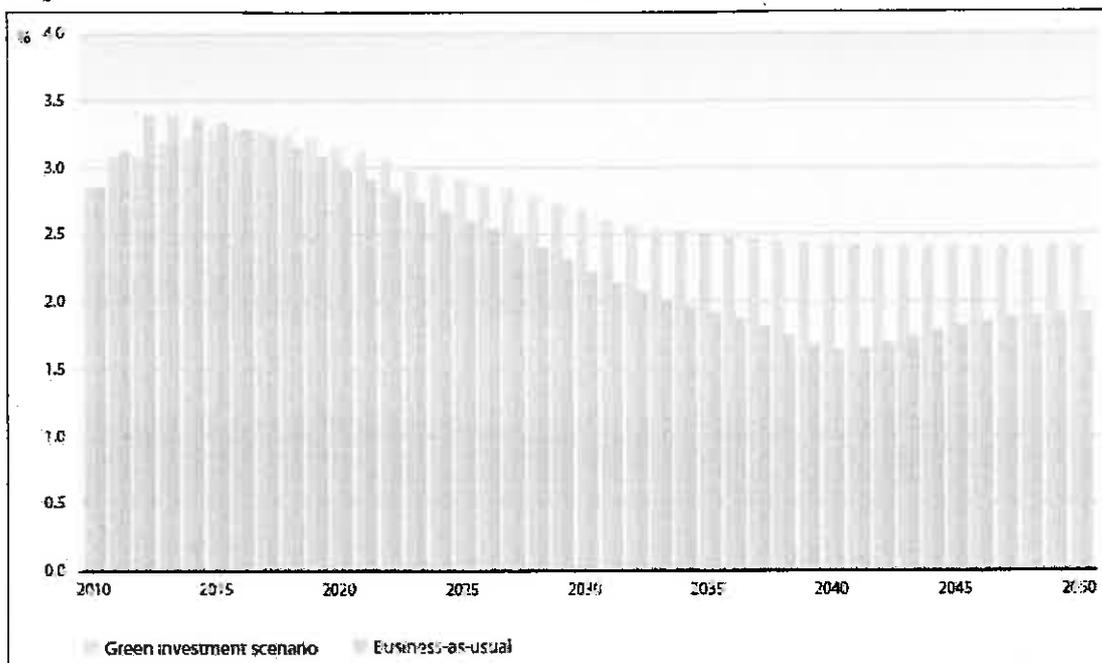
Die grüne Wachstumsstrategie der OECD bezieht sich ausdrücklich auf den Rio+20-Prozess. Betont wird, dass die Strategie nur die gemeinsamen Schnittmengen von Ökologie und Ökonomie – also nur zwei der drei Säulen der Nachhaltigkeit – betrifft.

3.2. Der „Green-Economy Report“ von UNEP

Auch in dem umfangreichen „Green Economy Report“, den UNEP im Kontext des Rio+20-Prozesses kürzlich vorgelegt hat, wird „grünes“ Wachstum nunmehr als integraler Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen. In einer umfassenden Modellrechnung zur langfristigen globalen Wirtschaftsentwicklung, die erstmals auch den Verbrauch natürlicher Ressourcen bilanziert, werden die Effekte einer Umwelt und Ressourcen schonenden Investitionsstrategie errechnet. Es geht dabei allerdings um den globalen Durchschnitt, regionale Unterschiede werden ausgeklammert (zur Kritik: Jackson 2010). Den Autoren geht es um die differenten Effekte umweltbezogener Investitionen, nicht um die Umsetzung angemessener Zielvorgaben (die im Falle des Klimaschutzes deutlich anspruchsvoller ausfallen müssten). Für zehn Sektoren werden die Effekte einer Investition in nachhaltige Produktionsweisen ermittelt. Das entsprechende „grüne“ Szenario des Reports ergibt neben den intendierten Umweltverbesserungen ein höheres Wachstum und eine deutlich verbesserte Beschäftigung (s. Abbildung 2, UNEP 2011). Wie im Falle der zitierten OECD-

Strategie ergibt sich der Wachstumseffekt nicht nur positiv aus den dargestellten Zukunftsinvestitionen. Vielmehr kommt hier auch – negativ – die Vermeidung nicht nachhaltiger, wachstumsschädlicher Entwicklungen zur Geltung. Das moderat höhere Wachstum ist also letztlich auch vermiedenes Negativwachstum, wie es etwa durch Grundwasserabsenkung, sinkende Bodenfruchtbarkeit oder Überfischung der Meere entsteht.

Abbildung 2: Globaler Wachstumstrend 2010-2050 und „Green Investment Szenario“ (UNEP 2011)



Ähnlich kommt eine Untersuchung von fünf europäischen Forschungsinstituten zu einer positiven Wachstumsdifferenz des BIP von 0,6 % für den Fall einer unconditionierten 30%-Reduzierung der Treibhausgase bis 2020, im Gegensatz zum bisherigen 20%-Ziel (Jaeger et al. 2011). In beiden Studien ergibt sich eine signifikant höhere Beschäftigung. Die EU-Untersuchung kommt sogar auf einen Beschäftigungseffekt von 6 Mio. Für Deutschland ergibt sich für 2020 eine Wachstumsrate von 2,4 % gegenüber 1,8% im Referenzszenario und eine Arbeitslosenquote von 5,6% gegenüber 8,5% (Jaeger et al. 2011).

Wie im der Green-Growth-Strategie der OECD wird auf eine Forcierung des technischen Fortschritts und eine ökologische Modernisierung der Produktion gesetzt. Mehr als dies: es wird auf positive Rückkopplungsmechanismen der induzierten Innovationsprozesse gesetzt, wie sie im Bereich klimafreundlicher Technologien vielfach beobachtet worden sind (Watanabe et al. 2000, Jänicke 2011, IPCC 2011).

3.3. „Green Transition and Innovation“: Ein Nachhaltigkeitskonzept für Asien.

Anfang 2011 haben 26 asiatische Akademien der Wissenschaften unter dem Titel „Towards a Sustainable Asia: Green Transition and Innovation“ ein Programm nachhaltigen Wirtschaftens vorgelegt. Es ist den beiden Publikationen von OECD und UNEP, aber auch der EU-Strategie „Europa 2020“ ähnlich. Wie diese Texte basiert es auf der Annahme, dass die herkömmliche ressourcenintensive Produktionsweise an ökologische und ökonomische Wachstumsgrenzen stößt, ihre Überwindung hingegen neue wirtschaftliche Chancen eröffne. Asien steht nach dieser Studie vor allem vor folgenden Herausforderungen: Die Bedingungen für den bisherigen Exportboom haben sich seit der globalen Finanzkrise verschlechtert. Die komparativen Kostenvorteile einiger asiatischer Ländern – etwa das niedrige Lohnniveau – sind im Schwinden. Dazu tragen auch steigende Kosten der Umwelt- und Ressourcennutzung bei. Und die begrenzte „Tragekapazität“ (carrying capacity) der Länder im Hinblick auf Umwelt und Ressourcen habe eine große Zahl von Problemen geschaffen. Die 26 Akademien postulieren daher: „Asia must seek new drivers...and change its development model to achieve sustainable development....a new model...that...needs to be created through system innovation“. Es geht also um mehr als um eine ökologische Innovationsstrategie. „Green transition“ ist der Übergang zu einem „green development model“. Wie bei der Green Growth-Strategie der OECD wird nicht ausschließlich auf das Wachstum des Umweltsektors gesetzt. Angestrebt wird vielmehr ein breites „mainstreaming green development“ (AASA 2011).

Das bis in das Instrumentarium hinein detaillierte Programm verdient nicht nur wegen seiner Anlehnung an die genannten Texte besonderes Interesse. Seine Besonderheit liegt darin, dass hier erstmals ein asiatischer Sonderweg nachhaltiger Entwicklung beschrieben wird, der eine gewisse Überlegenheit der eigenen Region beansprucht: Asien habe nach dem Ende des „East Asian Miracle“ die Chance des Spätstarters (latecomer), der für eine Aufholstrategie „günstige Voraussetzungen“ wie diese habe:

- eine „hoch effiziente, starke Regierung“,
- große Märkte,
- eine wachsende Innovationsfähigkeit,
- eine kulturelle Tradition, die nicht nur den Wert des Sparens und der Arbeit sondern auch die „Harmonie von Mensch und Natur“ betont und

- reiche Potenziale für Wasserkraft, Solarenergie, Windenergie oder Bioenergien (AASA 2001).

Zudem habe Asien bereits viele Fälle von best practice, die das gegenseitige Lernen lohnend machten. Das in Peking erschienene Werk legt dabei auch den Blick etwa auf das enorme Wachstum der chinesischen Wind und Solarenergien nahe (AASA 2011).

4. Triebfaktoren „grünen“ Wachstums

Die Vorstellung einer Fortsetzung des herkömmlichen Wachstumskonzepts mit ökologischen Mitteln wird häufig kritisch gesehen (Jackson 2011). Dennoch ist die Frage berechtigt, welchen Beitrag die Lösung von Umweltproblemen durch innovative Technologien zur wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen vermag. Die Legitimität anspruchsvoller Umweltpolitiken hängt auch an dem Nachweis, dass sie ökonomische Vorteile biete und nicht die oft beschworenen ökonomischen Nachteile nach sich ziehe.

Was also sind die Triebkräfte dessen, was in den referierten und anderen Studien als „grünes Wachstum“ dargestellt wird? Die angeführten Studien lassen hier die folgende Interpretation zu:

Erstens: Staatlich induzierte Investitionen. Die UNEP-Studie nimmt eine um 2 % erhöhte Investitionsrate an. In der EU-Studie steigt die Investitionsquote des BIP von 18 auf 22%. Die Mittel fließen in die ökologische Modernisierung, aber auch in die Entwicklung und Erhaltung von Naturkapital. Die UNEP behandelt dabei zehn Schlüsselsektoren: Energie-, Industrie, Verkehr, Bau, Abfall und Wasser, aber auch Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischwirtschaft und Tourismus.

Zweitens: Die hohe Refinanzierung der Investitionen über Effizienzgewinne bei der Ressourcennutzung. In allen Studien zum Green Growth steht die **Steigerung der Ressourcenproduktivität** im Mittelpunkt der Chancenstruktur dieses Ansatzes. Im Zeichen steigender Energie- und Rohstoffkosten ist dies evident. Langfristig negative Differenzkosten sind für entsprechende Szenarien kennzeichnend. Das gilt für kohlenstoffarme Technologien und speziell für die langfristig negativen Differenzkosten erneuerbarer Energien (Fraunhofer IBP et al. 2010). Es gilt ebenso für Rohstoffeinsparungen durch Recycling oder Öko-Design. Zu den Effizienzgewinnen gehören auch vermiedene Schadenskosten (auch wenn diese meist nicht erfasst werden). Der Fokus auf

Ressourcenproduktivität hat auch Bedeutung im Hinblick auf den Faktor Arbeit, der in diesen Studien nicht mehr im Zentrum der Produktivitätssteigerung steht.

Drittens: Ein forciertes Innovationstempo bei Umwelt und Ressourcen schonenden Verfahren und Produkten. Die EU-Studie grenzt sich ausdrücklich von makroökonomischen Modellrechnungen ab, die Innovationseffekte ausklammern (Jaeger et al. 2011). Tatsächlich wird in wenigen Bereichen die Bedeutung von Innovationen so betont wie im Umwelt- und Klimaschutz. Dies ist vor allem dem hohen Innovationsdruck geschuldet, der aus Umwelt- und Ressourcenschutzerfordernissen für die Volkswirtschaft entsteht, der aber zugleich ein globales Nachfragepotenzial schafft (Jänicke 2008). Innovative Reaktionen auf Maßnahmen der staatlichen Umweltpolitik sind der Hauptgrund dafür, dass die tatsächlichen Kosten dieser Maßnahmen immer wieder niedriger ausfallen als ex ante vorgenommene Modellrechnungen vermuten ließen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat auf diesen wichtigen Umstand frühzeitig hingewiesen (SRU 1978, 2008). Inzwischen haben aber auch Studien für die USA, für die EU und Deutschland diese Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Umweltschutzkosten deutlich gemacht (Oosterhuis 2006, Zeddies 2006, Environmental Defense Fund 2009). Ein hohes Innovationstempo entspricht auch generell der Kreativität von Wissensgesellschaften mit einer entwickelten Infrastruktur an Human- und Sozialkapital (World Bank 2011). Die tendenzielle Substitution von Ressourceninputs in die Produktion durch (innovative) Wissensinputs ist wesentlich für diesen Wandel.

Viertens: Die Dynamik grüner Zukunftsmärkte. Da die Umwelt- und Ressourcenprobleme der traditionellen, ressourcenintensiven Industrieproduktion global sind, sind es auch die Märkte für innovative Lösungen dieser Probleme. Das dynamische Wachstum der Märkte für „grüne Technologien“ entspricht diesem globalen Problemdruck. Diese Nachfrage im Sinne von „global environmental needs“ wird auch durch das rasche Wachstum der globalen Mittelklasse verstärkt. Hinzu kommt ein regulativer Wettbewerb zwischen Pionierländern, der die Märkte für Umwelt und Ressourcen schonende Technologien fördert. Nicht der oft beschworene Wettbewerb zu Lasten der Umwelt („race to the bottom“) bestimmt diese technologische Entwicklung, sondern der Innovationswettbewerb. Die Dynamik der Märkte Umwelt und Ressourcen schonender Technologien – besonders hervorstechend im Bereich klimafreundlicher Technologien – ist ein wesentlicher Triebfaktor von Green Growth.

Fünftens: Die Vermeidung von wachstumsschädlichen Entwicklungen: Der Wachstumseffekt, der über „grüne“, Ressourcen schonende Technologien erzielbar ist, wird auch durch Abwehr von Wachstumseinbußen erzielt, die sich durch steigende Ressourcenkosten, aber auch durch steigende Schadenskosten im Umweltbereich ergeben (ein Beispiel sind die Kosten der Übernutzung der Grundwasserressourcen im Raum Peking). Wesentliche Prämisse der hier referierten Studien sind ja ökologische und ökonomische Grenzen des herkömmlichen Wirtschaftswachstums. Ohne die technologische Veränderung der Wirtschaftsweise wird letztlich ein tendenziell negatives Wachstum angenommen.

Es lässt sich vermutlich als Konsens der Wachstumsdiskussion formulieren: eine gesamtwirtschaftliche Stagnation oder gar Schrumpfung ist nicht erwünscht. Umgekehrt lässt sich aus den Studien zu Green Growth aber auch keine Rückkehr zur traditionellen Wachstumsökonomie und ihren hohen Zuwachsraten ableiten.

5. Green Economy als nachhaltiges Wirtschaften

Primäres Ziel der „Green Growth Strategy“, des „Green Economy Reports“, des Programms „Europa 2020“, aber auch des Nachhaltigkeitskonzepts für Asien ist nicht mehr der Zuwachs sondern die nachhaltige Produktionsweise insgesamt. Bezeichnend ist der sprachliche Übergang von „green growth“ zu „green development“ (AASA 2011) oder „green economy“, wie dies in der globalen Modellrechnung von UNEP geschieht. Dabei werden Elemente nachhaltiger Entwicklung in das Wachstumskonzept integriert: Nunmehr werden auch die Merkmale „improved human well-being and reduced inequalities“ zur Green Economy gerechnet (UNEP 2010). Anstelle von Wachstumsraten wird mithin nicht nur die ökologische Qualität sondern auch die soziale Dimension des Wirtschaftens betont.

Ähnlich weit gefasst wird der Wachstumsbegriff auch in der EU-Strategie „Europe 2020“ (2010), die an die Stelle der alten Wachstumsstrategie (Lissabon-Strategie) getreten ist. Die EU-Kommission nennt hier drei Prioritäten (EU Commission 2010):

1. *“Smart growth:* developing an economy based on knowledge and innovation
2. *Sustainable growth:* promoting a more resource efficient, greener and more competitive economy
3. *Inclusive growth:* fostering a high-employment economy delivering social and territorial cohesion”.

Die ersten beiden Punkte verweisen auf die genannten Triebfaktoren von „grünem Wachstum“: Innovationen, Wissensintensität, Ressourcenproduktivität und Investitionen in umweltverträgliche Verfahren und Produkte. Die hinzugefügte soziale Dimension ergibt einen neuen Begriff von nachhaltigem Wirtschaften. Es verdient Interesse, dass das Nachhaltigkeitskonzept der asiatische Akademien der Wissenschaften eine fast identische Wortwahl benutzt. Dort geht um ein neues Wirtschaftsmodell “that is green, low-carbon, smart, innovative, cooperative, and inclusive” (AASA 2011).

Die Green Economy ist letztlich eine Krisen vermeidende Wirtschaftsweise. Vermieden werden sollen Rohstoffengpässe, hohe Energiekosten, Wassermangel, sinkende Bodenerträge, Klimawandel oder Umweltschäden und ihre Kosten. Green Growth ist das Wachstum, das sich aus Investitionen in die Vermeidung von Schäden und Knappheiten ergibt, die die langfristigen Lebens- und Produktionsgrundlagen untergraben. Positiv ist es die wissensintensive Produktionsweise, die einer kreativen Gesellschaft mit hoch entwickeltem Human- und Sozialkapital entspricht (vgl. World Bank 2011).

Aus ökologischer Sicht wird kaum akzeptiert werden, dass Umweltfragen zu einem Wachstumsvehikel verkürzt und nicht in eigener Sachlogik angegangen werden. Die zehn kritischen ökologischen Schwellenwerte, die die OECD offiziell übernimmt, bergen gravierende Gefahren. Sie können nicht nur in Kategorien der Wachstumslogik bewertet werden. Ein hohes BIP-Wachstum ist in seinen ökologischen Negativeffekten durch einen Umwelt entlastenden technischen Fortschritt nur schwer zu kompensieren. Die notwendige absolute Entkopplung des Verbrauchs von Umwelt und Ressourcen vom Zuwachs der Wirtschaftsleistung dürfte bei hohen Wachstumsraten zusätzlich erschwert werden.

Allerdings ist auch eine Green-Growth-Strategie, wie sie die behandelten Studien entwickelt haben, weit davon entfernt, die Wachstumsraten signifikant zu erhöhen. Die Green Economy von UNEP ergibt leicht höhere, insgesamt aber auch nur moderate Wachstumsraten. Letztlich sind dies Konzepte, die einer langfristigen Wachstumskrise entgegen wirken wollen. Was sie möglicherweise erreichen, ist eine stabilere Wirtschaftsentwicklung mit höheren Wohlfahrtseffekten (Jackson 2009). Das ist nicht wenig und etwas anderes als eine Strategie der Steigerung von Wachstumsraten, wie sie die Lissabon-Strategie noch anstrebte.

Literatur:

- AASA (The Association of Academies of Sciences in Asia) (2011): Towards a Sustainable Asia – Green Transition and Innovation, Beijing: Science Press / Springer.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2009): GreenTech made in Germany 2.0, München: Vahlen.
- Environmental Defense Fund: Air quality measures consistently cost less than predicted, Washington 2009.
- Ernst & Young / European Commission DG Environment (2006): Eco-Industry, its size, employment, perspectives and barriers to growth in an enlarged EU, final report. Brussels.
- EU Commission (2010): Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010)2020, 3.3.2010.
- Fraunhofer IBP et al. (2010): Energiekonzept 2050 – Eine Vision für ein nachhaltiges Energiekonzept auf Basis von Energieeffizienz und 100% erneuerbaren Energien.
- Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth. Sustainable Development Commission.
- Jackson, T. (2011): Doing the maths on the green economy, Nature Vol. 472, April 2011, 295.
- Innovas (2010): Low Carbon and Environmental Goods and Services: an Industry Analysis. Update for 2008/09.
- IPCC (2011): Special Report on Renewable Energy Sources and Climate Change Mitigation (SRREN).
- Jaeger, C. C. et al. (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy, Potsdam: PIK.
- Jänicke, M. (2008): Megatrend Umweltinnovation, München: Oekom.
- Jänicke, M. / Zieschank, R. (2011): Environmental Tax Reform and the Environmental Industry, in: Ekins, P. / Speck, St. (eds.): Environmental Tax Reform, Oxford.
- OECD (2009): Declaration on Green Growth. Adopted at the Meeting of the Council at Ministerial Level on 25 June 2009 (OECD C/MIN(2009)5ADD1/FINAL).
- OECD (2010): Green Growth Strategy Interim Report: Implementing our Commitment for a Sustainable Future, OECD Paris 27-28 May 2010 (C/MIN(2010)5).
- OECD (2011): Green Growth Strategy Synthesis Report. OECD Paris 2010 (C(2011)29REV1
- Oosterhuis, E. (2006): Ex-post estimates of costs to business of EU environmental legislation. Final report. Amsterdam: Institute for Environmental Studies.
- REN21 (2010): Renewables 2010 – Global Status Report, Paris : Renewable Energy Policy Network for the 21st. Century.
- Rockström, J. et al. (2009): A Safe Operating Space for Humanity, Nature, Vol. 461, 24.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (1978): Umweltgutachten 1978, Stuttgart-Mainz: Verlag W. Kohlhammer.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (2008): Umweltgutachten 2008 – Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels, Berlin. Erich Schmidt Verlag, S. 89.

UNEP (2010): Green Economy Report: A Preview, New York 2010
(<http://www.unep/greeneconomy/>)

UNEP (2011): Towards a Green economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication.

World Bank (2011): The Changing Wealth of Nations – Measuring Sustainable Development in the New Millennium, Washington, D. C.: The World Bank.

Zeddies, G. (2006): Gesamtwirtschaftliche Effekte der Förderung regenerativer Energien, insbesondere der Biomasse – Eine kritische Beurteilung vor dem Hintergrund modelltheoretischer Konzeptionen, Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 29 (2), 183-205.